

Dekret über die Beiträge an die Raumplanung

Vom 15. November 1994 (Stand 26. Dezember 2011)

Der Grosse Rat des Kantons Aargau,

gestützt auf die §§ 12, 13 Abs. 3 und 40 Abs. 6 des Gesetzes über Raumentwicklung und Bauwesen (Baugesetz, BauG) vom 19. Januar 1993 ¹⁾, *

beschliesst:

§ 1 * Beiträge an regionale Planungsverbände

¹ Der Kanton richtet den regionalen Planungsverbänden für ihre Leistungen einen jährlichen Grundkostenbeitrag aus. Damit wird der Kantonsanteil abgegolten, namentlich für:

- a) die Organisation und Infrastruktur der regionalen Planungsverbände;
- b) die Stellungnahmen zu Erlassen, Richtplananpassungen sowie zu wichtigen Vorhaben und kommunalen Planungen und Vorhaben;
- c) die regionalen Koordinationsaufgaben, insbesondere bei Nutzungsplanungen;
- d) die Erarbeitung von Grundlagen für die Entwürfe kantonaler Richt- und Nutzungsplanungen aus regionalem Interesse;
- e) die Beratung und Unterstützung der Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere für die Förderung der Zusammenarbeit.

² Arbeiten im Interesse des Kantons, namentlich die Erarbeitung regionaler Grundlagen und Konzepte für kantonale Richt- und Nutzungsplanungen oder die Mitwirkung bei der Umsetzung von kantonalen Interessen, werden vom Kanton im Auftragsverhältnis (Leistungsaufträge) direkt finanziert.

³ Zur Deckung der Kosten stehen jährlich als Grundkostenbeitrag Fr. 300'000.– und für direkte Leistungsaufträge mindestens Fr. 100'000.– zur Verfügung.

¹⁾ SAR [713.100](#)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses
AGS Bd. 14 S. 701

⁴ Der Grundkostenbeitrag je Verband errechnet sich nach der Zahl seiner Mitgliedsgemeinden und seiner aargauischen Wohnbevölkerung wie folgt:

- a) Fr. 150'000.– verhältnismässig aufgeteilt nach der Anzahl Mitgliedsgemeinden aller Verbände;
- b) Fr. 150'000.– verhältnismässig aufgeteilt nach der aargauischen Wohnbevölkerung aller Verbände (Stand 31. Dezember des Vorjahres).

⁵ Der kantonale Grundkostenbeitrag je regionalem Planungsverband darf nicht höher sein als die durch den Verband selbst aufgebrachten Mittel. Andernfalls wird der kantonale Beitrag zu Gunsten der übrigen Verbände entsprechend reduziert.

§ 2 Beiträge an kommunale Nutzungsplanungen

¹ Der Kanton gewährt einen Beitrag von 17 % an die allgemeine Nutzungsplanung (Zonenplanung). Ebenso kann er Gestaltungsplanungen von übergeordnetem Interesse unterstützen.

² Er gewährt einen Beitrag von 50 % an die allgemeine Nutzungsplanung, wenn diese aufgrund eines beabsichtigten oder durchgeführten Gemeindegemeinschaftszusammenschlusses neu erstellt wird. *

³ Beitragsberechtigt sind die eigentlichen Planungskosten und die Nebenkosten, mit Einschluss der Kosten notwendiger Spezialisten.

§ 2a * Beiträge zugunsten der Siedlungsentwicklung und des Ortsbildschutzes

¹ Für die Erhaltung, Aufwertung und Weiterentwicklung von Ortsbildern sowie Siedlungs- und Strassenräumen kann der Kanton Beiträge an entsprechende kommunale Planungsgrundlagen und an die Planung zur Sanierung sowie Erneuerung von bedeutenden Einzelobjekten bis maximal 33 % der beitragsberechtigten Mehrkosten leisten.

§ 3 Vollzug

¹ Das zuständige Departement entscheidet über die Beitragsgesuche unter Festsetzung der beitragsberechtigten Kosten. *

² Der Regierungsrat kann die Einzelheiten durch Verordnung regeln.

§ 4 Inkrafttreten, Übergangsregelung, Aufhebung bisherigen Rechts

¹ Dieses Dekret ist in der Gesetzessammlung zu publizieren. Es tritt 8 Tage nach der Publikation in Kraft.

² Es findet nur Anwendung auf Gesuche, die ab diesem Zeitpunkt eingereicht werden.

³ Es werden aufgehoben:

- a) Die Verordnung zu § 16 Abs. 2 des Gesetzes über die Grundstückgewinnsteuer vom 25. Februar 1964 ¹⁾;
- b) §§ 9–12 der Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Förderung des Baues von Alters-, Invaliden- und Familienwohnungen sowie die Regional- und Ortsplanung vom 21. August 1969 ²⁾).

Aarau, den 15. November 1994

Präsident des Grossen Rates
SCHNYDER

Staatsschreiber
i. V. MEIER

Veröffentlichung: 19. Dezember 1994

¹⁾ AGS Bd. 6 S. 69

²⁾ AGS Bd. 7 S. 304; Bd. 14 S. 702; 2005 S. 768; 2008 S. 470 (SAR [873.711](#))

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
24.11.1998	01.01.2000	§ 1	totalrevidiert	AGS 1998 S. 269
17.03.2009	01.01.2010	§ 2 Abs. 2	geändert	AGS 2009 S. 276
08.11.2011	26.12.2011	Ingress	geändert	AGS 2011/6-20
08.11.2011	26.12.2011	§ 2a	eingefügt	AGS 2011/6-20
08.11.2011	26.12.2011	§ 3 Abs. 1	geändert	AGS 2011/6-20

Änderungstabelle - Nach Paragraph

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Ingress	08.11.2011	26.12.2011	geändert	AGS 2011/6-20
§ 1	24.11.1998	01.01.2000	totalrevidiert	AGS 1998 S. 269
§ 2 Abs. 2	17.03.2009	01.01.2010	geändert	AGS 2009 S. 276
§ 2a	08.11.2011	26.12.2011	eingefügt	AGS 2011/6-20
§ 3 Abs. 1	08.11.2011	26.12.2011	geändert	AGS 2011/6-20